Nummer 2| Februar 2016

Liebe Leserinnen und Leser,

Endlich, die Bundes-SPD schwenkt in der Flüchtlingsfrage auf wichtige Forderungen der Union ein, CSU-Ministerpräsident und Berlin ziehen lösungsorientiert an einem Strang, und das persönliche Gespräch und die engagierte Diskussion in der Fraktion lassen mich darauf hoffen, dass das Briefeschreiben ein Ende hat. Ja, bei dieser Herausforderung müssen wir mehr miteinander sprechen und gemeinsam handeln.

Miteinander ins Gespräch kommen, das will ich auch verstärkt über die nächsten Bürgersprechstunden im Wahlkreis erreichen. Nutzen Sie die Gelegenheit, um mir ihre Gedanken mitzuteilen oder auch um von mir zusätzliche Informationen zu erhalten.

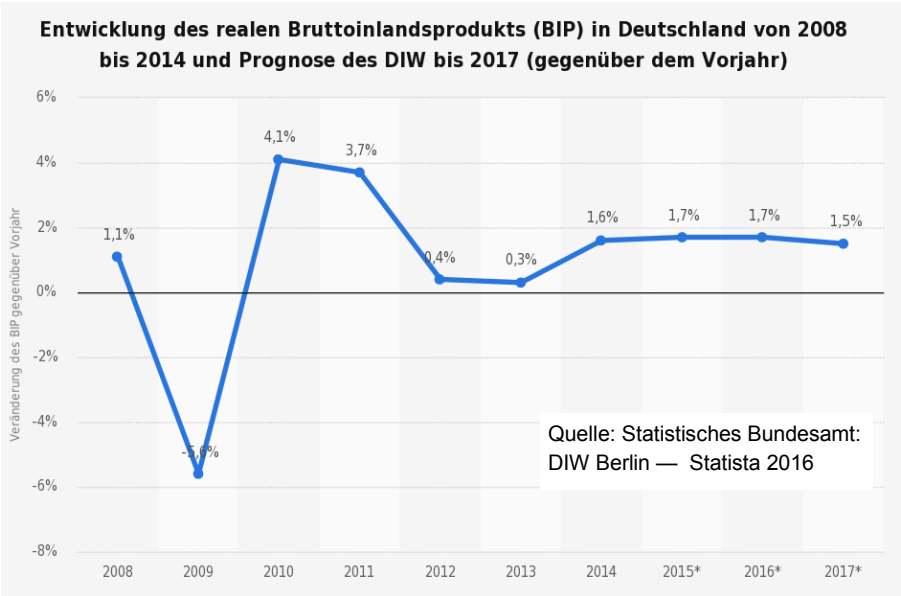
Ich freue mich auf Sie

Ihre

Astrid Grotelüschen

Deutschland auf Wachstumskurs

Aufgrund der in weiten Teilen auf das Thema „Flüchtlinge“ fokussierte Medienberichterstattung mag so manches andere Thema an der Wahrnehmung mancher Bürger vorbei gehen. Schade, da es auch durchaus Positives zu berichten gibt, wie zum Beispiel über den in der vergangenen Woche veröffentlichten Jahreswirtschaftsbericht. Von den Kennzahlen her ist er schon jetzt ein Fall für unsere Geschichtsbücher.



„Deutschland befindet sich auf einem soliden Wachstumskurs (1,7 Prozent Wachstum erwartet die Bundesregierung für das laufende Jahr). Die Arbeitslosigkeit befindet sich auf dem niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung (sie soll trotz des Flüchtlingszuzugs bei 6,4 Prozent verharren, 2016 sogar noch um 0,9 Prozent — 380.000 Beschäftigte — steigen). Es gibt die höchsten Zuwächse seit mehr als zwei Jahrzehnten bei den Bruttolöhnen. Der Staatshaushalt ist im vierten Jahr in Folge annähernd ausgeglichen. Zudem können wir zwölf Milliarden Euro als „Reservemittel“ verbuchen.

„Der Erfolg hat viele Väter“, lautet eine bekannte Redensart, die auch in diesem Fall zutrifft. Bedanken müssen wir uns aus meiner Sicht bei unserer leistungsstarken Wirtschaft, bei engagierten Arbeitnehmern und einem konsequenten Bundesfinanzminister, Wolfgang Schäuble. Nur durch das Zusammenwirken haben wir den finanziellen Spielraum, die Kommunen zu unterstützen. 2016 summieren sich die Entlastungen auf über 20 Milli-

arden Euro, im Zeitraum 2010 bis 2019 beträgt das finanzielle Engagement des Bundes zugunsten von Ländern und Kommunen insgesamt mehr als 150 Milliarden Euro. Die Bundesregierung hat ihren Wohnungsbauzuschuss an die Länder für die Jahre 2016 bis 2019 auf eine Milliarde Euro im Jahr verdoppelt. An den Asyl- und Flüchtlingskosten beteiligt sich Bund 2016 mit 3,637 Mrd. Euro.

Der Jahreswirtschaftsbericht enthält aber unter anderem auch die Mahnung, vor allem mehr in die digitale Infrastruktur zu investieren. Mehr öffentliche und private Investitionen — auch in den dringend erforderlichen Wohnungsbau — sichern wiederum Arbeitsplätze und stärken die Wirtschaft.

Aus meiner Sicht gilt es zu bedenken: die niedrigen Ölpreise (sie senken Transportkosten), günstige Finanzierungsbedingungen und Wechselkurse (sie machen deutsche Waren im Ausland erschwinglich, Kredite günstig) und die Weltwirtschaftslage insgesamt spielen uns nur auf Zeit in die Hände.

Deshalb dürfen wir uns jetzt nicht ausruhen und müssen die guten Ausgangsbedingungen zur Zukunftssicherung nutzen.

2016 — Wende in der Flüchtlingspolitik

Gleichzeitig und auf allen Ebenen versuchen Bundesregierung und Regierungskoalition der Flüchtlingsströme Herr zu werden. Einig mit der Kanzlerin sind wir uns in der Union, dass die hohe Zahl der nach Deutschland kommenden Flüchtlinge deutlich reduziert werden muss. Dabei gilt: Diejenigen, die ein Bleiberecht haben, können auf Unterstützung zählen, andere müssen Deutschland wieder verlassen.

Unbestritten wird das Jahr 2016 zu einem Schicksalsjahr für die Europäische Union. Die Staatengemeinschaft wird sich daran messen lassen müssen, wie sie die große Herausforderung der Flüchtlingsströme bewältigen wird. Deshalb ist es aus meiner Sicht unverzichtbar, der Bundeskanzlerin den Rücken zu stärken, damit mit einer gemeinsamen Lösung der Schengen Raum wieder stabilisiert wird. Die Konferenz in London Anfang Februar und dann der Europäische Rat am 18. und 19. Februar sind die herausragenden Wegmarken. Danach wird die Bundesregierung Zwischenbilanz ziehen, um die weitere Vorgehensweise in Bezug auf die europäischen und nationalen Maßnahmen abzustimmen.

Die in den vergangenen Monaten von uns getroffenen Maßnahmen zeigen bereits Wirkung. Deutlich zurückgegangen ist die Zuwanderung aus den sechs Westbalkanstaaten. Waren es früher 25.000 Menschen pro Monat, sind es derzeit etwa 3000. Leider steigt die Zahl derjenigen, die aus nordafrikanischen Staaten zu uns kommen. Deshalb hatte die Union Anfang Januar die Forderung formuliert, dass Algerien, Marokko und Tunesien zusätzlich als weitere, sichere Herkunftsländer definiert werden müssen. Leider brauchte die SPD-Bundestagsfraktion drei Wochen, bis der Vizekanzler nunmehr grünes Licht für diese Gesetzesänderung gab. Ich bin gespannt, inwieweit das Gesetz nunmehr vom niedersächsischen Ministerpräsidenten im Bundesrat die notwendige Zustimmung erfährt — nach der Enthaltung im vergangenen Sommer .

ENDLICH! Nach **dreimonatiger** Blockade konnte auch das von CDU/ CSU Anfang Dezember vorgelegte Asylpaket II nach der Einigung am vergangenen Donnerstag verabschiedet werden. Zentraler Punkt sind Schnellverfahren für sogenannte „Wirtschaftsflüchtlinge“. Für sie sollen auch separate Aufnahmeeinrichtungen eingerichtet werden. Die von uns verlangten Einschränkungen des Familiennachzugs von Asylbewerbern werden auch umgesetzt.. Entscheidend für einen sichtbaren Erfolg wird sein, wie konsequent und schnell die Maßnahmen in den einzelnen Bundesländern umgesetzt werden. Ich fordere daher die niedersächsische Landesregierung auf, mit dem Bund an einem Strang zu ziehen. Das heißt auch, dass bei uns die Bundesgesetzgebung „Sachleistung statt Bargeld“ und die notwendigen Abschiebungen stärker vollzogen werden müssen.

Das Land Niedersachsen ist in der Pflicht, endlich zentrale Unterbringungsmöglichkeiten zur Verfügung zu stellen, damit unsere Kommunen entlastet werden. Im Bund erarbeiten unsere CDU/ CSU Innenpolitiker einen zusätzlichen Forderungskatalog zur Entlastung: Um eine gerechte Verteilung in Deutschland zu gewährleisten oder auch ein „Untertauchen“ von Schutzsuchenden zu verhindern, soll jegliche Leistung an eine Registrierung und an den Ort der Zuweisung verknüpft werden. Dazu dient der von uns initiierte Ankunftsnachweis und eine einheitliche Datenbank. Ungesteuertes „Umziehen“, dass zu Ghettobildung oder Parallelgesellschaften führen kann, gilt es zu verhindern, deshalb ist eine zeitlich begrenzte Wohnsitzauflage auch für anerkannte Flüchtlinge ohne eigenes Einkommen einzuführen. Auch die Erteilung von „Gefälligkeitsattesten“ bei drohender Abschiebung muss unterbunden werden. Dazu sollen sichere Gesundheitsstaaten definiert werden, in denen eine notwendige medizinische Behandlung, nach der Ersthilfe in Deutschland, fortgeführt werden kann.

Björn Thümler: Deutschland geht es gut

Gut besucht war der Neujahrsempfang des CDU Kreisverbands Delmenhorst, trotz des angekündigten Eisregens. Für Parteifreunde und Gäste gab es viele aktuelle Informationen — so u.a. von Annette Schwarz aus dem Landtag, von Kristof Ogonovski aus der Stadtratsfraktion sowie durch meinen Bericht aus Berlin. Als Ehrengast sprach unser Fraktionsvorsitzender im Landtag, Björn Thümler.

Stark für Delmenhorst — die CDU vor Ort, im Landtag und im Bundestag.

Thümler betonte: „Die CDU hat uns gut durch die Wirtschaftskrise geführt. Nur sechs Prozent Arbeitslosigkeit, die Wachstumsquote geht nach oben, die Inflation liegt bei unter zwei Prozent, der Haushalt 2015 hat mit einem Überschuss von zwölf Mrd. Euro abgeschlossen. Aber alle nehmen es für selbstverständlich.“ Sein Fazit: „Deutschland geht es gut!“

Zur Flüchtlingssituation spricht er sich für mehr Sprachförderung und die Aufstockung der Polizei aus. „Unsere Kanzlerin ist auf einem guten Weg, im Gegensatz zur SPD fahren wir eine gerade Linie."

Mehr und einfacher recyceln

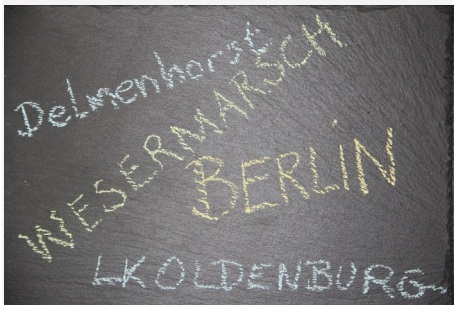
Das Sammeln und Recyceln von Wertstoffen soll effizienter und für den Bürger einfacher organisiert werden. Das möchte die Bundesregierung mit dem sogenannten Wertstoffgesetz erreichen, zu dem ein erster Arbeitsentwurf aus dem Bundesumweltministerium vorliegt.

Interessante Einblicke in die Abfallverwertung erhielt ich bei der Firma Remondis.

Zu vielen Punkten gibt es Klärungs- und Informationsbedarf, daher habe ich das Gespräch vor Ort gesucht. Gemeinsam mit Hartmut Post, Stefan Wachholder und Hans-Hermann Lehmkuhl von der CDU-Harpstedt besuchte ich das Unternehmen Remondis GmbH & Co.KG am Standort Prinzhöfte. 20.000 Tonnen Abfall verschiedenster Art werden dort pro Jahr verarbeitet. Arend Cobi, Leitung Kommunalvertrieb, gab uns interessante Einblicke in die Abfallwirtschaft. Seine Anregungen zum neuen Gesetzentwurf nehme ich gerne mit nach Berlin.

Unterwegs:

- 08.02.2016 Mitgliederversammlung der CDU Hude
- 09.02.2016 Gespräch mit Jens Wrede, Wirtschaftsförderung Wesermarsch, in Brake
- 09.02.2016 FU Landesvorstandssitzung, Gemeindehaus der syrisch -orthodoxen Kirche in Delmenhorst



Astrid Grotelüschen MdB

Berliner Büro
Platz der Republik 1
11011 Berlin
E-Mail: astrid.grotelueschen@bundestag.de
Tel.: +49 30 227-74607
Fax: +49 30 227-76608

Bürgerbüro
Zwischenbrücken 5b
27793 Wildeshausen
E-Mail: astrid.grotelueschen.ma07@bundestag.de
Tel.: +49 4431 9554526
Fax: +49 4431 9554527

Bürgerbüro
Lange Straße 62
27804 Berne
E-Mail: astrid.grotelueschen.ma06@bundestag.de
Tel.: +49 4406 9729966
Fax: +49 4406 9729969